

Die politischen Mechanismen der Eurokrise



Von Christian Frommelt*

Die Europäische Union (EU) steckt derzeit in ihrer grössten Krise. Im Zuge der Schuldenkrise droht mit der Währungsunion ausgerechnet das wichtigste Integrationsprojekt auseinanderzubrechen. Dabei entwickelte sich die europäische Integration bisher nur vorwärts. Die EU hat sich erweitert, zentralisiert und ihre Kompetenzen auf neue Politikfelder ausgedehnt. Die Debatte um die Lösung der gegenwärtigen Krise darf daher nicht auf ökonomische Konzepte beschränkt werden, sondern hat auch die Mechanismen der Integration zu berücksichtigen. Entsprechend sind das institutionelle Design der Währungsunion sowie die Anzahl und Auswahl ihrer Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund politischer Entscheidungsprozesse zu betrachten.

Das Eurosystem ist geprägt vom Gegensatz einer zentralisierten Geldpolitik und einer dezentralisierten Fiskalpolitik. Während die Eurostaaten sämtliche geldpolitischen Kompetenzen an das Eurosystem abtreten, bleiben deren fiskalpolitische Kompetenzen unberührt. Dieser selektive Verzicht auf die nationale Souveränität ist typisch für die europäische Integration und führt zu einem permanenten Druck, sich auf weitere Integrationsschritte zu einigen, um die Funktionsweise der bestehenden Integration nicht zu gefährden.

Eine weitere Besonderheit war die Integration von Hart- und Weich-

währungsländern. So verfügte Deutschland vor der Währungsunion über eine unabhängige Zentralbank, die eine Politik der Geldwertstabilität verfolgte, während die Regierung Frankreichs vor einer Abwertung der nationalen Währung zur Belebung der Wirtschaft nicht zurückschreckte. Da das Interesse der Weichwährungsländer an einer Währungsunion deutlich grösser war, besaßen die Hartwährungsländer eine überlegene Verhandlungsmacht. Entsprechend einigten sich die Eurostaaten auf eine unabhängige Europäische Zentralbank (EZB) mit dem Primat der Preisstabilität sowie auf eine Nichtbeistandsklausel.

«Die Solidarität basiert auf einer Notsituation»

Auf den ersten Blick prägt die Konstellation von Hart- und Weichwährungsländern auch den gegenwärtigen Konflikt zwischen Staaten, die Sparsamkeit verlangen, und Staaten, die möglichst viel Beistand wollen. Allerdings haben sich die Machtstrukturen seit Beginn der Währungsunion verändert. Deutschland ist zwar immer noch der bestimmende Akteur. Dessen Interesse an einem Fortbestand des Euro schwächt aber seine Machtposition, weshalb neue Akteure ins Spiel kommen. Dabei handelt es sich vor allem um supranationale Akteure wie die EZB oder die Europäische Kommission, was wiederum die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Zentralisierung zum Beispiel in Form einer Bankenunion erhöht.

Das gemeinsame Interesse an einem Fortbestand des Euro führt aber nicht zwangsläufig zu einem Konsens über konkrete Massnahmen. Kompromisse werden meist im letzten Moment erzielt und verkörpern nicht mehr als den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die Zustimmung eines Akteurs erfordert oft Zugeständnisse der Verhandlungspartner in einem anderen Bereich. Diese Vermischung von Verhandlungsgegenständen führt zu suboptimalen Ergebnissen. Rückblickend erklärt dies wohl auch die Aufnahme Griechenlands in das Eurosystem, welches im Gegenzug die EU-Osterweiterung unterstützte.

Die zur Lösung der Schuldenkrise benötigte Zentralisierung schwächt die Autonomie der Mitgliedstaaten, weshalb einige Staaten versuchen, weitere Integrationsschritte zu verzögern. Gleichzeitig schaffen Sparprogramme und Haftungsverpflichtungen grosse Verteilungskonflikte. Die Solidarität kann sich aber nicht auf eine kollektive Identität stützen, sondern basiert auf einer Not- und Zweckgemeinschaft. Daher mobilisiert die Währungsunion den euroskeptizistischen Populismus, was den Handlungsspielraum der Politik weiter einschränkt.

Diese Mechanismen deuten an, wie schwierig sich die Lösung der Eurokrise gestaltet. Eine Zentralisierung des Eurosystems würde auch Liechtenstein tangieren. Bereits die 2009 erfolgte Einführung eines Europäischen Systems der Finanzaufsicht (ESFS) stellt die EWR/EFTA-Staaten vor grosse Herausforderungen, da die ESFS-Institutionen befugt sind, verbindliche Entscheidungen gegenüber nationalen Akteuren zu treffen. Ein solcher Kompetenztransfer widerspricht aber dem Legitimationskonzept des EWR, weshalb sich die Übernahme der entsprechenden Rechtsakte in das EWR-Abkommen verzögert. Dies schwächt die Rechtssicherheit und damit die wichtigste Errungenschaft des EWR. Die Eurokrise hat also auch für Liechtenstein sowohl eine ökonomische als auch eine politische Dimension.

Christian Frommelt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liechtenstein-Institut.